

Reljić, Dušan

Research Report

Viele Wahlen, wenig Veränderungen? Zweiter Teil: Serbien, Montenegro, Kosovo

SWP-Aktuell, No. 32/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reljić, Dušan (2002) : Viele Wahlen, wenig Veränderungen? Zweiter Teil: Serbien, Montenegro, Kosovo, SWP-Aktuell, No. 32/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254389>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Viele Wahlen, wenig Veränderungen?

Zweiter Teil: * Serbien, Montenegro, Kosovo

Dušan Reljić

Ein Mehr an innenpolitischer und regionaler Stabilität ist das am wenigsten wahrscheinliche Ergebnis der bevorstehenden Wahlen in Serbien, Montenegro und Kosovo. Wie bei den ebenfalls anstehenden Urnengängen in Bosnien-Herzegowina und Makedonien zeichnet sich auch in den drei Teilgebieten der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) eine weitere Verfestigung der ethnischen und politischen Spaltungen ab. Es ist nach wie vor an erster Stelle die Anwesenheit westlicher Militärs, die einen erneuten Ausbruch bewaffneter ethno politischer Konflikte in Kosovo und in den anderen Krisengebieten der ehemaligen südslawischen Föderation verhindert. Entfielen die westliche Finanzhilfe, käme es außerdem bald zum wirtschaftlichen Zusammenbruch aller Teile der BRJ. Da ein dauerhaftes Einwirken und wirtschaftliches Engagement des Westens in der gesamten Region unumgänglich ist, wird eine anhaltende, umfassende und genaue Abstimmung der Südosteuropa-Politik der USA, der EU und der wichtigsten westlichen Staaten immer dringender.

* Der erste Teil dieser Analyse, SWP-Aktuell 30/02, behandelte die bevorstehenden Wahlen in Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Makedonien.

Serbien

Nach langem Zögern hat der jugoslawische Bundespräsident Vojislav Koštunica (56) am 23. August seine Kandidatur für die serbischen Präsidentenwahlen am 29. September bekanntgegeben. Sein Zögern entsprang vermutlich der Einsicht, daß sich letztlich jeder seiner Schritte als falsch erweisen könnte. Unmittelbar nachdem er am 27. September 2000 den Alleinherrscher Slobodan Milošević besiegt hatte, genoß Koštunica ein überragendes Ansehen bei den Wählern Serbiens: In Meinungsumfragen bekam er über 80 Prozent Zustimmung. Im Sommer 2002 sprachen sich immerhin noch 49 Prozent für ihn aus,

doch begann die Zustimmung anschließend schnell zu schwinden. Hätte sich Koštunica nicht jetzt zur Kandidatur durchgerungen, hätte er womöglich die letzte Gelegenheit verpaßt, seine persönliche Popularität in wirkliche politische Macht umzumünzen, die sein aktuelles Amt kaum hergibt. Indem er sich zur Wahl aufstellen ließ, setzte er sich aber sogleich dem Vorwurf seiner politischen Gegner aus, daß seine bisherigen eifrigen Bemühungen um den Erhalt der Bundesrepublik Jugoslawien unaufrichtig gewesen seien. Koštunica steht vor einer schwierigen Aufgabe: Er muß die Wähler davon überzeugen, daß der Versuch, serbischer Präsident zu werden, nicht

das Ende seiner Bemühungen um die Sicherung der Zukunft des gemeinsamen Staates mit Montenegro bedeutet. Für seine Entscheidung, so Koštunica, sei vor allem die Frage leitend gewesen, welcher Weg dem Staat am meisten diene. Es gehe bei der Wahl im Grunde um die Entscheidung für eine von zwei Konzeptionen: die Errichtung eines Rechtsstaates in Serbien, für die er kämpfe, und die Beschädigung des Rechts in Form einer »Kolumbianisierung Serbiens«, zu der andere bereit seien.

Aussichtsreichster Gegenkandidat ist der stellvertretende Bundespremier, der Wirtschaftsprofessor Miroljub Labus (55), der mit dem Wahlspruch antritt: »Das Beste für Serbien – Miroljub Labus!«. In seinen Wahlversprechen gelobt er mit Rücksicht auf die verbreitete Politikverdrossenheit in Serbien, als Präsident von Parteipolitik Abstand zu halten und die Interessen aller Bürger zu vertreten. Labus will die Wirtschaft und die Beschäftigung ankurbeln, das soziale Sicherungs- und das Gesundheitssystem verbessern und das Bildungssystem reformieren. Seine Kandidatur wird von der Expertengruppe G-17, vom serbischen Premier Zoran Đinđić, der Mehrheit der regierenden Koalition DOS sowie einer Reihe von namhaften Künstlern unterstützt. Nach Ansicht Belgrader Beobachter wirke sich zugunsten von Labus aus, daß er in der breiten Öffentlichkeit vorrangig als Wirtschaftsfachmann und nicht als Politiker wahrgenommen wird. Seine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen mit den internationalen Finanzorganisationen über den jugoslawischen Schuldenerlaß ist im allgemeinen Bewußtsein. Außerdem erhält er – wie Koštunica vor den Wahlen 2000 – Zustimmung, weil er sich von politischen Konflikten und Skandalen ferngehalten hat.

Bei Erhebungen im Juli 2002 sprachen sich für Labus 20 Prozent der Befragten aus, für Koštunica nur 18 Prozent. Fast 40 Prozent erklärten allerdings, daß sie entweder nicht zur Wahl gehen werden oder noch nicht wissen, wem sie ihre Stimme geben werden. Auffallend ist, daß Koštunica vor allem bei Menschen mittleren Alters und

bei sozial Schwächeren Anklang findet, während Labus von Studenten, überhaupt jüngeren Menschen sowie Unternehmern und Angehörigen der freien Berufe unterstützt wird. Anderen Kandidaten, etwa Vojislav Šešelj, werden keine Chancen eingeräumt, obwohl Milošević aus seiner Gefängniszelle in Den Haag eine Wahlempfehlung für diesen Nationalchauvinisten gegeben hat, »um das vom Ausland gelenkte Regime in Belgrad zu stürzen«.

Nach dem serbischen Wahlgesetz, das noch aus der Zeit Miloševićs stammt, muß der Sieger 50 Prozent plus eine Stimme erreichen. Die Wahl ist nur gültig, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt hat. Ein Wahlsieg in der ersten Runde am 29. September ist eher unwahrscheinlich. Vermutlich wird am 13. Oktober eine zweite Wahlrunde mit den zwei Bestplatzierten stattfinden müssen. Auch diese Stichwahl ist nur gültig, wenn mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten teilnimmt.

Serbiens existentielle politische und ökonomische Probleme werden allein durch die Wahl wohl kaum gelöst. Selbst dann nicht, wenn Labus mit seiner pro-europäischen Einstellung gewinnt und Koštunica mit seinem Traditionalismus und seiner nationalen Pathetik die Mehrheit verfehlt.

Der andauernde Machtkampf zwischen Koštunica und Đinđić hat dem Ansehen des Parlaments und anderer demokratischer Institutionen schwer geschadet. Beide haben die mehr als 500 Tage, die sie für die Reform der Verfassung und des Wahlgesetzes, des Polizei- und Justizwesens sowie anderer zentraler gesellschaftlicher Bereiche Zeit hatten, nicht überzeugend genutzt. Ungeregt bleiben nach wie vor die »Staatsfragen« – der Ausgleich mit Montenegro und der zukünftige völkerrechtliche Status der Provinz Kosovo –, die einer breiten politischen Übereinstimmung in Belgrad bedürfen. Sollte Koštunica gewinnen, ist eine Ausweitung seines politischen Kampfes mit Đinđić zu erwarten. Vorgezogene Parlamentswahlen in Serbien sind dann nicht mehr auszuschließen. Sie

würden allerdings, nach der jetzigen politischen Lage, keinem von beiden einen entscheidenden Machtzuwachs verschaffen. Würde Labus zum Präsidenten gewählt, hätte er ebenso wie Premier Đinđić größte Mühe, die Spannungen innerhalb der regierenden Koalition DOS zu kontrollieren. Auch zwischen diesen beiden könnte ein Streit um die Vormacht entstehen.

Montenegro

Staatschef Milo Đukanović muß zu einer düsteren Einschätzung seiner politischen Lage gelangt sein, bevor er sich entschied, in einem persönlich gezeichneten Artikel in der *Washington Post* am 20. August einen frontalen Angriff auf die Politik des Außenpolitischen Beauftragten der EU, Xavier Solana, zu wagen und Washington gegen »gewisse politische Kreise in Brüssel und einigen westeuropäischen Staaten« um Hilfe anzurufen. Er warf »gewissen Bürokratien in der Europäischen Union« vor, zusammen mit der »destabilisierenden, anti-reformistischen Koalition« zu Hause »Montenegro in eine engere serbische Umlaufbahn zwingen zu wollen«. Diese Koalition besteht, nach seinen Angaben, aus Milošević-Loyalisten, Angehörigen verschiedener jugoslawischer Geheimdienste, militanten Anhängern von Radovan Karadžić und der Führung der Liberalen Partei.

Der Zwist mit der kleinen montenegrinischen Liberalen Partei könnte Đukanović Demokratische Sozialisten am 6. Oktober bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Tat nicht nur um die Regierungsverantwortung bringen, er könnte ihm auch selbst die Aussichten auf eine Wiederwahl als Staatschef im Januar 2003 rauben. Die Liberale Partei sieht in ihm den Hauptschuldigen dafür, daß Montenegro noch nicht aus der Bundesrepublik Jugoslawien ausgetreten ist. Đukanović hatte am 14. März 2002 das unter Vermittlung von Solana zustande gekommene Belgrader Abkommen über die Umwandlung der Bundesrepublik Jugoslawien in »Serbien und Montenegro« unterschrieben. Als Folge

entzogen die Liberalen der Regierung in Podgorica die Unterstützung im Parlament. Später gingen sie mit dem »Erzfeind«, der montenegrinischen Sozialistischen Volkspartei, die in Belgrad an der Bundesregierung beteiligt ist, ein Zweckbündnis ein, um den Regierungs- und Präsidentenwechsel in Montenegro zu forcieren.

Ende August befand sich die 650 000 Einwohner zählende Republik in einem politisch verworrenen Zustand. Ein neuer Verfassungsgerichtshof konnte nach Ablauf des neunjährigen Mandats der Richter nicht gewählt werden, da Đukanovićs Personalvorschläge im Parlament keine Mehrheit fanden. Obwohl die Parlamentswahlen bereits angesetzt waren, bemühte sich die neue Anti-Đukanović-Mehrheit noch, die Wahlgesetze zu ändern, neue Wahlkommissionen einzusetzen und Đukanović-loyale Chefredakteure der staatlichen Medien zu entlassen. Expertenteams der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) versuchten vor Ort zwischen den verfeindeten Parteien im Parlament zu vermitteln, um für demokratische Wahlbedingungen zu sorgen. Zeitgleich waren in montenegrinischen und ausländischen Blättern immer detailliertere Berichte über die angebliche Verwicklung Đukanovićs und seiner Vertrauten in Schmuggelgeschäfte vor allem der internationalen Zigarettenmafia zu lesen. Die Spaltung der Bevölkerung in annähernd zwei gleich große Lager – Sezessionswillige und Pro-Jugoslawen – blieb unverändert bestehen. Dabei hat die albanische Minderheit die Rolle des »Züngleins an der Waage«: Erst wenn sie ihre Stimmen hinzugewinnen, hätten die Anhänger der Eigenstaatlichkeit einen minimalen Vorsprung. Es wäre eine große Überraschung, käme nach den Wahlen im Parlament eine stabile Mehrheit zustande.

In den Gesprächen der serbischen und montenegrinischen Expertengruppen über die Umsetzung des Belgrader Abkommens (Verfassungsentwurf) herrschte lange Zeit Stillstand. Sollte doch noch ein tragfähiger Kompromiß zwischen Belgrad und Pod-

gorica gefunden werden, wären noch vor Jahresende Wahlen für das Parlament »Serbien und Montenegro« sowie den Staatsoberhaupt dieser neuen Entität zu erwarten.

Kosovo

Zu den ohnehin nicht wenigen Merkwürdigkeiten des real existierenden politischen Systems in der BRJ gehört, daß die Bewohner der laut Verfassung nach wie vor südserbischen Provinz Kosovo Stimmrecht sowohl bei den serbischen Wahlen wie auch bei der Abstimmung über die zukünftigen Organe von »Serbien und Montenegro« besitzen. Der Grund: Die neue Union soll Rechtsnachfolger der BR Jugoslawien werden, der das Kosovo entsprechend UN-Sicherheitsratsresolution 1244 bis zur endgültigen Regelung seines Status zugehört.

Es ist jedoch kaum vorstellbar, daß in Kosovo, mit Ausnahme der wenigen verbliebenen Gebiete mit serbischer Mehrheit, Wahllokale für die 1,25 Millionen Wahlberechtigten eingerichtet werden können. Die politischen Führer der albanischen Bevölkerungsmehrheit sehen die BRJ als »feindliches Ausland« an. Daher werden sie zweifellos protestieren, wenn UNMIK und OSZE mit den Vorbereitungen für die Abhaltung der serbischen Präsidentschaftswahlen in Kosovo beginnen. Ob andererseits die Kosovo-Serben bei den Kommunalwahlen am 26. Oktober tatsächlich – wie die OSZE hofft – teilnehmen oder erneut die Teilnahme am politischen Prozeß in der Provinz verweigern werden, steht noch immer nicht fest. (Nach Angaben der OSZE wurden zu den Wahlen bisher insgesamt 72 politische »Entitäten« zugelassen, davon 25 kosovo-albanische, 35 kosovo-serbische und 12, die andere ethnische Gruppen [Türken, Roma usw.] vertreten.)

Anlaß für die jüngste Verschärfung des innenpolitischen Klimas sind die Bemühungen der UN-Polizei, gegen Politiker in beiden ethnischen Lagern vorzugehen, die unter Straftatverdacht stehen. Am 8. August mißlang der Versuch, den Arzt Milan Ivanović festzunehmen, einen promi-

nenten politischen Führer der Kosovo-Serben, der des versuchten Mordes im Rahmen gewalttätiger Demonstrationen gegen die internationale Friedenstruppe beschuldigt wird. Wenige Tage später verhaftete die UN-Polizei Rustem Mustafa und Daut Haradinaj, ehemalige exponierte UÇK-Führer, die für Morde an albanischen Zivilisten verantwortlich gemacht werden. Unter Anklage gestellt, aber nicht inhaftiert wurde Ramush Haradinaj, der Vorsitzende der Allianz für die Zukunft Kosovos, einer der zwei Parteien, die aus der Befreiungsarmee Kosovos (UÇK) hervorgegangen sind. Als Reaktion auf die Verhaftungen gingen in zahlreichen Städten Albaner auf die Straße und demonstrierten, zum Teil gewaltsam. Die Regierung des Kosovo verurteilte die Verhaftungen als »Versuch, den Befreiungskampf der Albaner abzuwerten«. Immerhin distanzierten sich der Präsident des Kosovo, Ibrahim Rugova, und seine Partei, der Demokratische Bund Kosovos, von den Protesten und betonten ihre Bereitschaft, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten.

Die Kommunalwahlen in Kosovo werden nicht nur wie stets die ethnischen Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Gemeinden widerspiegeln. Sie werden auch zeigen, ob die gemäßigte oder die gewaltbereite politische Strömung unter der albanischen Bevölkerung mehr Zustimmung erfährt. Keine albanische Gruppe ist gewillt, von der Maximalforderung nach Eigenständigkeit des Kosovo abzurücken. Ebenso wenig werden die serbischen politischen Kräfte bereit sein, einer Unabhängigkeit der Provinz zuzustimmen. Unversöhnlichkeit und politischer Autismus kennzeichnen nach wie vor die Beziehungen zwischen Albanern und Serben in Kosovo. Angesichts dessen klingt die Ankündigung der OSZE, daß sich der Urnengang in Kosovo am 26. Oktober als wichtiger Schritt zur Einrichtung demokratischer Führungsgremien auf lokaler Ebene erweisen würde, wenig realistisch.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org